

1,- DM

Gegen Ausländerhetze und Neonazis

Argumente und
ein Programm
zum Kampf gegen
Rassismus und Faschismus

VORAN

Zeitung der Marxisten in
SPD, Jusos, Gewerkschaften



Wer kontrolliert den Wohnungsmarkt,
Asylbewerber aus Kurdistan oder deutsche Makler?

Wer nimmt Tausenden Stahl- und Bergarbeitern den Arbeitsplatz weg,
Ein türkischer Kumpel oder ein Deutscher in Bonn?

Wer schließt Kindergärten, Altersheime, Jugendzentren und erhöht Steuern,
Flüchtlinge aus Sri Lanka oder deutsche Politiker in Bundestag und Stadtrat?

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme sind in den Chefetagen der Großkonzerne und von der CDU/FDP-Regierung hausgemacht. Ausländer sind nicht die Ursache dieser Probleme. Wenn alle Ausländer abgeschoben würden, blieben diese Probleme bestehen. Die Hetzkampagne hilft nur den Unternehmern und ihren Politikern, die Öffentlichkeit von ih-

rer Schuld abzulenken. Sie versuchen uns Arbeitnehmer zu spalten und uns vom gemeinsamen Kampf für unsere Interessen abzuhalten. Von CDU und FDP erwarten wir nichts anderes. Aber von SPD und DGB als Arbeitnehmerorganisationen verlangen wir eine Offensive gegen die Ausländerhetze und ein Programm gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit.

1. Argumente gegen die Ausländerhetze

Wohnungsnot – wer ist schuld?

Die Verantwortlichen für die Wohnungsnot – die Regierungspolitiker und Immobilienspekulanten – haben keinen Platzmangel. Für ihre Villen, vielleicht sogar mit Schwimmbad oder Tennisplatz, findet sich immer ein Plätzchen in entsprechend großzügig geplanten Wohnvierteln. Spekulanten, Makler und Banken verdienen sich an steigenden Mieten und der Not der Wohnungssuchenden eine goldene Nase. Sie und die Kohl-Regierung sind verantwortlich für 2,5 Millionen fehlende Wohnungen.

Dort, wo der Wohnungsbau für Aussiedlerfamilien besonders gefördert wird, richtet sich der Unmut zum Teil gegen diese statt gegen die Bundesregierung. Aber für jeden wohnungssuchenden Ausländer oder Deutschen und für jeden Asylbewerber könnte eine Wohnung vorhanden sein, wenn die vorhandenen Möglichkeiten genutzt werden würden. Doch die Marktwirtschaft und die Politik der Kohl-Regierung sind dazu nicht imstande.

– 1973 wurden 714.000 Wohnungen gebaut. Das zeigt, was schon mit den damals vorhandenen Kapazitäten möglich war.

– Von 1986–88 stellte die Kohl-Regierung die Förderung des sozialen Wohnungsbaus fast völlig ein.

– Heute müßten jährlich 600.000 Wohnungen gebaut werden, davon 200.000 Sozialwohnungen (nach dem Deutschen Mieterbund).

– 1990 wurden gerade 257.000 Wohnungen fertiggestellt, davon 93.000 Sozialwohnungen.

Dazu kommen die in den letzten Jahren durchgeführten Verschlechterungen im Mieterschutz sowie die Horrormieten, vor allem in den Großstädten. Der Bevölkerung in den fünf neuen Ländern (FNL) wurden massive Mieterhöhungen zugemutet, ohne daß die Bausubstanz entscheidend verbessert wurde.

Ist zuwenig Geld da? Ganze 2,5 Milliarden DM sind in diesem Jahr für den Wohnungsbau eingeplant – aber 31 Milliarden sollen den Unternehmern und den Reichen jährlich durch die geplanten Steuerentlastungen geschenkt werden.

Leben Asylbewerber „auf unsere Kosten?“

Das Kostenargument wird von der Regierung benutzt, um von Ausgaben für andere Dinge abzulenken. Ein Soldat kostet zum Beispiel 11.500 DM pro Monat. Für Diätenerhöhungen der Politiker ist immer genug Geld da. Insgesamt zahlen Ausländer in der BRD ca. 23 Mrd. DM in die Sozialversicherung und insgesamt ca. 35 Mrd. DM an Steuern pro Jahr. Sie erhalten insgesamt aber nur höchstens 5 Mrd. DM an Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe und Kindergeld jährlich.

Es stimmt übrigens auch nicht, daß ein Großteil der Asylsuchenden „Betrüger“ und „Verbrecher“ seien und gleich in mehreren Städten Sozialhilfe beziehen würden. Das „Deutsche Rote Kreuz“ hat festgestellt, daß die Zahl der Betrugsdelikte unter den Flüchtlingen verschwindend gering ist.

Zwar stieg die Zahl straffällig gewordener Flüchtlinge von 1984 bis 1990 von 15.952 auf 86.875 an. Aber fast jeder dritte Tatverdächtige (29,9% der Delikte) verstieß gegen Bestimmungen des Ausländer- und Asylverfahrensgesetzes – Delikte, die ein Deutscher gar nicht begehen kann. Ansonsten ist die Quote bei Bagatelldelikten wie Ladendiebstählen (16,4%), Schwarzfahren (6,2%) etc. höher, bei schweren Verbrechen dagegen niedriger als bei Deutschen. (Nach einer im „Stern“ Nr. 45/91 veröffentlichten Untersuchung.) Auch bei der angeblich unter Asylbewerbern so weitverbreiteten Drogenkriminalität stehen sie mit einem Anteil von 3,3% der Tatverdächtigen weit hinter den Deutschen (9,4%).

Die Hetzmeldungen der „BILD“-Zeitung („Jeder fünfte Asylant macht sich strafbar.“) erzeugen also ein falsches Bild. Und genau-

sowenig, wie man die Abschiebung aller Deutschen aus Deutschland wegen der allgemein zunehmenden Kriminalität fordert, kann man für den z.B. bei den Ladendiebstählen höheren Anteil die Flüchtlinge verantwortlich machen. Ihre Lebensbedingungen in Sammellagern und ohne volle Arbeitsmöglichkeit sind Ursache für die sozialen Probleme, einschließlich der Kriminalität. Mit der ganzen Hetze gegen Asylbewerber wird vor allem auch von der Wirtschaftskriminalität abgelenkt, die die Bundesrepublik jährlich etliche Dutzend Milliarden DM kostet.

„Zu faul zum arbeiten?“ Man kann davon ausgehen, daß die meisten Flüchtlinge gern selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen würden. Asylbewerber hatten jedoch bis vor kurzem ein Arbeitsverbot und jetzt nur eingeschränkte Arbeitsmöglichkeiten.

Überlastung der Kommunen durch Asylbewerber?

Die Schwierigkeiten in den Städten und Gemeinden sind durch die Politik der Kohl-Regierung verursacht worden, nicht durch die Flüchtlinge. Durch eine Steuergesetzgebung zugunsten der Reichen und Unternehmen hat sich die finanzielle Situation der Kommunen verschärft. Dazu kamen sinkende Einkommen und stark gestiegene Sozialhilfeausgaben durch Langzeitarbeitslosigkeit. Die Sparhaushalte, die jetzt vorgelegt werden und auf Kosten der sozial Schwachen gehen, sind eine genauso falsche Antwort wie die diskriminierenden Sparmaßnahmen bei Leistungen für Asylbewerber, die auch von SPD-regierten Kommunen vorgenommen werden. Stattdessen sollte auf zu niedrige Gewerbesteuersätze und teure Prestigebauten verzichtet und der gemeinsame Kampf der SPD-regierten Kommunen gegen die Bundesregierung aufgenommen werden.

Jede Mark, die heute im sozialen Bereich weggekürzt wird, ist indirekte Wahlhilfe für die Faschisten bei den nächsten Wahlen!

Sorgen Ausländer für Arbeitslosigkeit?

Warum gibt es heute einen Mangel an Arbeitsplätzen? Es gibt doch in Deutschland eigentlich keinen Mangel an Arbeit. Zu tun gäbe es genug – zum Beispiel Wohnungen bauen (siehe oben). Jeder Mensch, ob Ausländer oder Deutscher, könnte produktive Arbeit leisten, um zum einen seinen Lebensunterhalt zu finanzieren und zum anderen der Allgemeinheit zu nützen. Leider sind diese Überlegungen für das Arbeitsplatzangebot in der Marktwirtschaft nicht entscheidend. Arbeitsplätze werden geschaffen, wenn es Profit für den Unternehmer bringt. Fehlt diese Bedingung, werden Arbeitsplätze vernichtet bzw. Kapital wird nicht investiert, sondern zu hohen Zinsen auf Banken deponiert. Menschen werden zum Nichtstun verdammt – was der Gesellschaft und dem Einzelnen schadet.

In den 50er und 60er Jahren gab es einen kräftigen Aufschwung des Kapitalismus. Damals konnten 19 Millionen Ostflüchtlinge in die Wirtschaft integriert werden und Arbeitsplatz und Wohnung finden. Aber seit den 70er Jahren hat sich die Lage geändert. Selbst in dem seit 1982 stattfindenden Aufschwung blieb die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland fast gleichbleibend bei zwei Millionen.

Dabei wäre ausreichend Geld vorhanden, um genügend Arbeitsplätze bei hohen Löhnen und Wohnungen für alle zu schaffen. Nach Berichten der Deutschen Bundesbank haben deutsche Unternehmen in ihrem Liquiditätsüberschuß (kurzfristige Kapitalanlagen) einen neuen Rekord erreicht: 670 Mrd. DM. Die größten deutschen Banken melden Rekordgewinne im ersten Halbjahr 1991: die Deutsche Bank (größte dt. Bank) hat ein Betriebsergebnis von plus 23,4% = 3,2 Mrd. DM. 1991 wird das beste Gewinnjahr für die Deutsche Bank erwartet. Gleichzeitig werden Milliarden in die ehemalige DDR gepumpt, die der Staat bei den Banken aufnimmt. Das Rezept: Wir (die Lohnabhängigen in Ost und West) finanzieren die Folgen der Einführung der „sozialen“ Marktwirtschaft in Ostdeutschland, während sich die Banken an

den hohen Zinsen und die Unternehmer (z.B. Aldi und Co.) am Absatzmarkt FNL dumm und dämlich verdienen.

Wir alle merken jetzt die Auswirkungen der Lohnsteuererhöhung zugunsten der Finanzierung der Einheit. Aber dies soll ja noch munter weitergehen, z.B. durch die geplante Mehrwertsteuererhöhung.

Wenn wir auf diese Tatsachen hinweisen und Forderungen, beispielsweise nach mehr Lohn, stellen, werden die Unternehmer sagen: „Deutschland muß konkurrenzfähig bleiben. Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt wird härter.“ Sie drohen dann mit Produktionsverlagerung nach Südeuropa oder in die „3. Welt“. Wenn wir uns darauf einlassen und deshalb die Angriffe auf unseren Lebensstandard hinnehmen, nützt das nur den Unternehmern. Das gleiche Spiel wird nämlich in jedem einzelnen Land betrieben. So sollen die Arbeiter verschiedener Länder gegeneinander ausgespielt werden und sich gegenseitig in ihren Lohnforderungen unterbieten. Gewerkschaften und Arbeiterparteien müssen dagegen international zusammenarbeiten, um den gemeinsamen Kampf aller Arbeitnehmer zu organisieren.

Wenn Unternehmer ausländische statt deutsche Arbeiter einstellen, dann nur, weil sie billiger sind. Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaften, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzutreten. Maßstab sollte natürlich der höhere Lohn sein.

„Asylmißbrauch?“

Anerkannt werden weniger als 5% aller Asylbewerber, wobei die Quote seit 1985 ständig gesunken ist (1985: 29,2%, 1986: 15,9%, 1987: 9,4%, 1988: 8,6%, 1989: 5,0%, 1990: bisher rund 3%). In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, der ganze Rest seien die „Scheinasylanten“. Das ist aber falsch, denn ein großer Teil derjenigen, die keine individuelle politische Verfolgung nachweisen können, dürfen aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht in ihr Heimatland abgeschoben werden. Von 400.000 Flüchtlingen, die sich in Deutschland aufhalten, sind 270.000 als sogenannte de-facto-Flüchtlinge geduldet.

Deutsche Gerichte legen immer strengere Maßstäbe bei den Asylverfahren an. So wurde der Asylantrag eines Kurden, der in der Türkei wegen politischer Aktivität für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden festgenommen und gefoltert worden war, in einer Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts abgelehnt, da die Folter im Rahmen von strafrechtlichen Ermittlungen erfolgt und damit nicht politisch motiviert gewesen sei. Auch Menschenrechtsverletzungen in einem Land, in dem Krieg oder Bürgerkrieg herrschen, führen nur selten zur Asyl-Anerkennung. In einer weiteren Grundsatzentscheidung hat das Bundesverwaltungsgericht zwar die Übergriffe der srilankischen Militärs auf tamilische Zivilisten verurteilt. In einer Bürgerkriegssituation gehe es jedoch darum, den (vermeintlichen) Bürgerkriegsgegner zu treffen. Eine politisch motivierte Verfolgung liege deshalb nicht vor. Diese Handhabung des Asylrechts spricht Bände über die angebliche Sorge der Politiker um das Schicksal der „wirklich politisch Verfolgten“.

Aber auch die Diskriminierung der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge im Unterschied zu den politischen Flüchtlingen ist willkürlich und dient nur der Spaltung. CDU, CSU, FDP und leider auch die SPD-Führung sind sich darin einig, daß Menschen, die „nur“ vor Hunger, Arbeitslosigkeit, Armut, ökologischen Katastrophen etc. fliehen, kein Bleiberecht in Deutschland bekommen sollen – sie sind nicht im Sinne des Grundgesetzes „politisch verfolgt“.

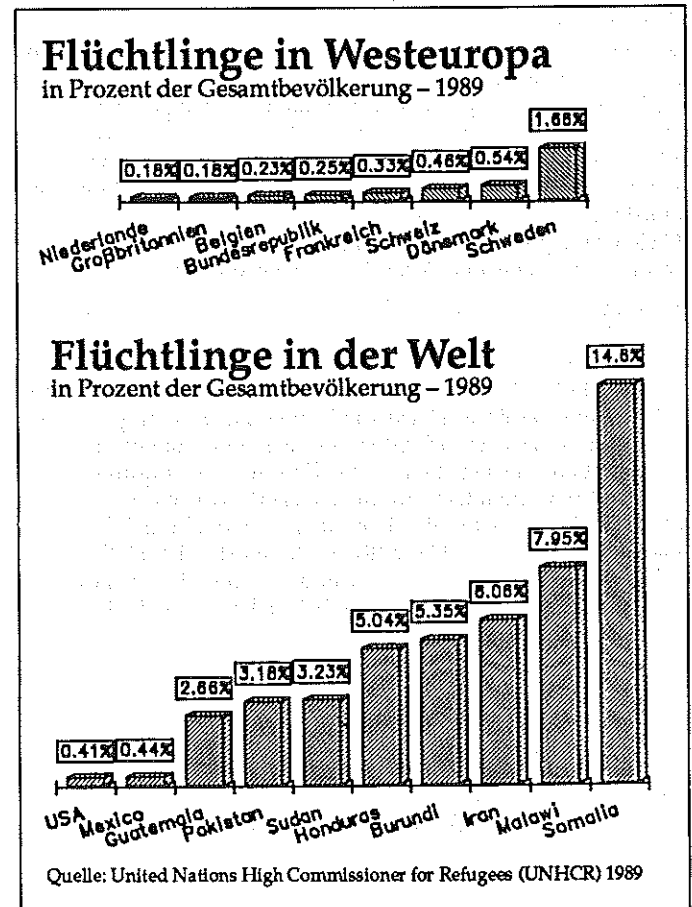
Die Flüchtlingskrise – ein Problem des Kapitalismus

Die Hetze gegen Asylbewerber soll nicht nur von den wirklichen Ursachen sozialer Probleme in Deutschland, sondern auch von den Ursachen des Flüchtlingsproblems ablenken. In beiden Fällen versagt die Marktwirtschaft.

15 Millionen Menschen sind nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats und 500 Millionen Menschen nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes auf der Flucht. Beide Schätz-

zungen berücksichtigen weder Flüchtlinge, die innerhalb ihres Heimatlandes fliehen müssen, noch Flüchtlinge, die aufgrund ökologischer Krisen ihre Heimat verlassen. Allein die letztere Gruppe schätzt das World-Watch-Institute auf ca. 10 Millionen.

Nur ein Bruchteil der Flüchtlinge kommt in die Industrieländer, die größten Flüchtlingsströme bleiben in den ärmsten Teilen der Welt (siehe Grafik).



Armut, Arbeitslosigkeit, rassistische und politische Verfolgung, Bürgerkriege und ökologische Katastrophen sind die Hauptfluchtgründe. Ein Fünftel der Weltbevölkerung lebt unterhalb des Existenzminimums. 50 Millionen Menschen sterben jährlich den Hungertod. In vielen Ländern werden nationale Minderheiten unterdrückt, die – genauso wie hier die Flüchtlinge – als Sündenböcke für die wirtschaftlichen Mißstände benutzt werden.

Diese Zustände sind eine Erbe von Jahrhunderten der Ausbeutung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens als Kolonien der entwickelten Industriestaaten. Seit der politischen Unabhängigkeit der meisten Kolonien nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich an der wirtschaftlichen Abhängigkeit nicht viel geändert.

Ist die Armut eine Art Naturkatastrophe oder Resultat der Überbevölkerung? Afrika, Asien und Lateinamerika wären reich genug an natürlichen Ressourcen (Rohstoffe, fruchtbares Land) und arbeitsfähigen Menschen, um allen Menschen ein vernünftiges Leben zu garantieren. Äthiopien mit seinen 30 Millionen mehrheitlich hungernden Einwohnern könnte eigentlich 100 Millionen Menschen ernähren. Eine Entwicklungsstudie stellte 1982 fest, daß Bangladesh, eines der ärmsten Länder der Welt, seine damals 100 Millionen starke Bevölkerung innerhalb von vier Jahren selbst ernähren könnte, wenn die politischen Verhältnisse geändert würden.

Afrika, der ärmste Kontinent, könnte sich problemlos selbst ernähren. Noch in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts hat es Nahrungsmittel exportiert. In den 50er Jahren war es noch Selbstversorger. Aber 1980 mußte Afrika acht Millionen Tonnen Getreid-

de importieren. Die Getreideproduktion ist nur halb so hoch wie in den 50er Jahren.

Der Grund: die multinationalen Konzerne nutzten ihre Kontrolle über den Welthandel, um den Preis für Waren aus der „3. Welt“ zu drücken. Um überhaupt an Devisen zu kommen, waren besonders die afrikanischen Staaten gezwungen, statt Getreide Tabak, Kakao und Kaffee anzubauen. Aber wie beim Rennen zwischen Hase und Igel bekommen sie nie eine Chance, sich aus dem Würgegriff der Monopole zu befreien. In den 80er Jahren wurden die Rohstoffpreise noch einmal kräftig gesenkt, um den Aufschwung in den Industriestaaten zu verlängern: Ein Computer kostet in Kaffee gerechnet dreimal, in Kakao gerechnet viermal so viel wie vor fünf Jahren (Weltbank, Zahlen aus dem Jahr 1991). Dieses praktische Beispiel zeigt, wie die unterentwickelten Länder daran gehindert werden, die notwendige Technologie aus dem Westen einzukaufen, um die Wirtschaft zu entwickeln. Gleichzeitig gibt es Arbeitslosigkeit und Kapazitätsabbau in der Industrie Europas und Amerika. Verkehrte Welt!

Bei dieser Art von Austausch zwischen Industriestaaten und „3. Welt“ ist es auch kein Wunder, daß die Verschuldung dieser Länder immer weiter zunimmt. Wer zu viele Schulden macht, ist selber schuld? Nach den Gesetzen der freien Marktwirtschaft schon. Aber dahinter steckt die brutale Ausnutzung der wirtschaftlich schwächeren Staaten, die so in einen Teufelskreis hineingetrieben werden. Durch die Zinsen- und Tilgungszahlen fließt seit 1984 mehr Geld aus der „3. Welt“ in die Industrieländer als umgekehrt (einschließlich aller Entwicklungshilfe). Das macht von 1983 bis 1989 netto 243 Milliarden US-Dollar „Entwicklungshilfe“ der ärmsten Länder an die reichen Industriestaaten! Ein Argentinier arbeitete beispielsweise 1989 die Hälfte seiner Arbeitszeit nur für ausländische Banken.

Von 1983 bis 1989 flossen 243 Milliarden US-Dollar aus der „3. Welt“ in die Industrieländer

Die Bevölkerungsexplosion ist eine Folge der Armut und wird zum Problem, weil die Menschen keine Gelegenheit bekommen, durch produktive Arbeit den Reichtum der Gesellschaft zu vermehren, sondern entweder arbeitslos sind oder für die Profite einheimischer Kapitalisten, multinationaler Konzerne oder Banken arbeiten. Wie oben gezeigt, sind die Voraussetzungen vorhanden, um für alle heute lebenden Menschen Arbeit, Ernährung und Wohnung zu garantieren. Auf dieser Grundlage würde auch das Bevölkerungswachstum zurückgehen.

Zur Aufrechterhaltung der Unterdrückung der Völker der „3. Welt“ stützen sich die Industriestaaten auf heimische Diktatoren. So stützte die Bundesregierung den Diktator des rohstoffreichen afrikanischen Staates Zaïre in den letzten fünf Jahren mit 28 Millionen Mark „Ausstattungshilfe“ (für Militär und Polizei). Mobutu ist einer der zehn reichsten Männer der Welt, während seine „Untertanen“ sich vom Durchschnittslohn nicht mal genug zu essen kaufen können.

Die USA haben sich jahrelang auf Saddam Hussein im Irak gestützt, um ihre Interessen im Nahen Osten zu verteidigen. Der Golfkrieg war kein Krieg für Demokratie und Gerechtigkeit, sondern für die Absicherung der Versorgung mit billigem Öl. Nebenbei sollte den Völkern der „3. Welt“ gezeigt werden, daß man nicht ungestraft die von den Industriestaaten gesetzten Regeln verletzen darf.

Die Politik der Bundesregierung gegenüber der Türkei treibt die Flüchtlinge förmlich zu uns: Erst gibt sie der türkischen Regierung Militärhilfe, die dann die Kurden in Anatolien und Nordirak jagt, bis diese schließlich fliehen müssen.

Armutswanderung aus Osteuropa

In den nächsten Jahren wird vor allem der Zustrom von Zuwanderern aus Osteuropa und der Sowjetunion nach Westeuropa massiv zunehmen.

Auch dort entwickeln sich „3. Welt“-Verhältnisse. Die Planwirtschaft in den „realsozialistischen Staaten“ ist gescheitert, weil dort die herrschenden Bürokraten nur für ihre eigenen Privilegien gewirtschaftet haben und jede demokratische Kontrolle von unten fehlte. Aber mit der Einführung des Kapitalismus kommen diese Länder vom Regen in die Traufe. Die marktwirtschaftlichen Reformen werden gerade von den Politikern gefördert, die sich dann beklagen, wenn die Menschen aus Osteuropa vor den Folgen von Privatisierung, Preissteigerungen und Entlassungen nach Westeuropa fliehen. Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Not werden auch weitere Bürgerkriege wie in Jugoslawien die Flüchtlingsströme vergrößern.

Umweltzerstörung und Rüstung

Die gnadenlose Ausbeutung von Mensch und Natur durch die multinationalen Konzerne und Banken bedroht die Existenz der Menschheit insgesamt. Die Abholzung der tropischen Regenwälder zum Beispiel entspricht völlig der Logik der Marktwirtschaft. Um die Schuldendienste für westliche Banken zu leisten, bleibt den betreffenden Ländern gar nichts anderes übrig.

Die gleichen Politiker, die sich über die Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten beschwerten, unternehmen nichts gegen die legalen und illegalen Rüstungsexporte der deutschen Industrie. Rüstung ist ein einträgliches Geschäft – und tötet nicht nur im Krieg: Die weltweiten Rüstungsausgaben für zwei Tage (4,8 Milliarden US-Dollar) würden zum Beispiel die Kosten für das UN-Programm zur Eindämmung der Wüstenbildung in der „3. Welt“ für 20 Jahre abdecken.

Kein Kampf gegen Flüchtlinge...

Die Lösungen der Regierungen in den Industriestaaten erscheinen recht einfach: „Grenzen dicht!“ Bereits im Schengener Abkommen von 1985 vereinbarten die EG-Staaten eine gemeinsame härtere Gangart zur Abwehr von Zuwanderern.

Die Konsequenz jeder Politik zur zwangsweisen Zuwanderungsbegrenzung ist der Aufbau eines neuen „eisernen Vorhangs“ um Westeuropa und die BRD. Das Vorgehen italienischer Polizei und Soldaten gegen die Flüchtlinge aus Albanien im Sommer 1991 ist nur ein Vorgeschmack auf den Krieg, der gegen Menschen geführt werden soll, die einfach nur einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Elend suchen. Wenn dann trotz aller verschärften Grenzschutzmaßnahmen Hunderttausende illegal einwandern, wird das genutzt werden, um illegale Einwanderer als Lohnrücker zu benutzen und gegen andere Gruppen von Lohnabhängigen auszuspielen. Nach Angaben von Bundesinnenminister Schäuble halten sich bereits heute mindestens 500.000 Menschen illegal in Deutschland auf. Und selbst nachdem die USA an der Grenze zu Mexiko eine Mauer errichtet hatten, ging die illegale Einwanderung weiter.

Die Politiker behaupten, daß eine „Festung Europa“ des Wohlstands und der Sicherheit errichtet werden könnte. Gleichzeitig wollen sie angeblich die Armut und das Elend in der Welt bekämpfen. Aber in Wirklichkeit wird die Auspressung der Menschen in der „3. Welt“ noch verstärkt, während zur selben Zeit Angriffe auf die Lohnabhängigen in den Industriestaaten gestartet werden.

... sondern Kampf gegen den Kapitalismus!

Es ist nicht ein allgemeiner Mangel, sondern zuviel Reichtum in den Händen der Reichen, der die Probleme schafft. Für den Mangel an Wohnungen und Arbeitsplätzen und für soziale Not in Deutschland ist das Versagen der Marktwirtschaft verantwortlich. Die gleiche Marktwirtschaft sorgt im internationalen Maßstab dafür, daß Menschen gezwungen werden, ihre Heimat zu

verlassen. Die Unternehmer verteidigen ihre eigene Freiheit, die Welt ihren Profitinteressen untertan zu machen. Wenn Menschen dann versuchen, dem Elend zu entkommen, werden diese zum Problem erklärt.

Der einzige Weg, um nicht nur die millionenfache Vertreibung von Menschen zu beenden, sondern auch die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Umweltzerstörung und Kriege, ist die Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems.

Wenn die industriellen Kapazitäten des Westens und die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte der ganzen Welt genutzt würden, müßte kein Mensch auf der Welt hungern, arbeits- oder obdachlos sein. Das ist nur möglich, wenn in einer sozialistischen Weltwirtschaft alle vorhandenen Möglichkeiten auf der Grund-

lage einer demokratisch von der arbeitenden Bevölkerung kontrollierten Planung eingesetzt werden.

Die Führungen der Arbeiterparteien und Gewerkschaften in allen Ländern müssen aufhören, Illusionen in die Marktwirtschaft zu schüren und sich auf die nationalistischen und rassistischen Spaltungsversuche der Unternehmer einzulassen. Stattdessen sollten sie für die Einheit aller Lohnabhängigen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten. Dazu gehört auch die Abwehr aller Versuche, das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes durch Einwanderungsgesetze einzuschränken. Das Eintreten für offene Grenzen bedeutet nicht, daß man dafür wäre, „alle Armen der Welt nach Deutschland zu holen“. Es ist im Gegenteil ein unverzichtbarer Bestandteil einer Politik, die das Fluchtproblem an der Wurzel packt und die Ursachen der Flucht beseitigen kann!

Wir fordern SPD und Gewerkschaften auf, mit einem sozialistischen Programm den Kampf gegen den Rassismus der Unternehmer und der Kohl-Regierung aufzunehmen. Deutsche und ausländische KollegInnen müssen zusammenhalten.

Darum treten wir ein für:

- Erhalt des Asylrechts, Schluß mit den Abschiebungen.
- Schutz der Flüchtlingsheime vor Überfällen zusammen mit den Flüchtlingen.
- Mobilisierung gegen Nazi-Aufmärsche und -Veranstaltungen.
- Keine Sammelunterkünfte, sondern vernünftige Wohnungen für alle.
- Bleiberecht für alle, die nach Deutschland kommen.
- Weg mit allen speziellen Ausländergesetzen.
- Gleiche Rechte und volles Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen.

Wir wollen Maßnahmen gegen die wirklichen Schmarotzer:

- Arbeit für alle. Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich, also auf Kosten der Unternehmer, als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Wohnungen für alle durch ein massives Wohnungsbauprogramm und Enteignung von Spekulanten; Verbot von Maklern, stattdessen kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung.

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West.
- Ran an die Gewinne: Enteignung der Banken und Großkonzerne unter demokratischer Kontrolle der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften; Treuhandbetriebe unter Arbeiterkontrolle.
- Statt Diktatur der Großaktionäre und Millionäre und gnadenloser Profitgier: ökologische und am Bedarf orientierte, menschenfreundliche Wirtschaftsplanung unter demokratischer Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung.

Für eine Welt ohne Not, Kriege und Vertreibung:

- Verbot aller Rüstungsexporte und Enteignung der Rüstungskonzerne.
- Unterstützung für den Befreiungskampf der Arbeiter und Bauern weltweit gegen die einheimischen Regimes und gegen die Ausbeutung durch die multinationalen Konzerne.
- Unterstützung für den Aufbau unabhängiger Arbeiterparteien und Gewerkschaften in Osteuropa; gegen Kapitalismus und Stalinismus – für wirklichen Sozialismus.
- Brechung der Zinsknechtschaft und Streichung aller Schulden der „3. Welt“ durch die Verstaatlichung der Banken.
- Für eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für eine harmonische Entwicklung ohne Hunger, Ausbeutung und Umweltzerstörung.

2. Die Asyldebatte – ein staatlich organisiertes Ablenkungsmanöver

Soziale Probleme allein führen nicht zu Ausländerfeindlichkeit, auch nicht allein die Anwesenheit von Ausländern. Entscheidend ist die Politik der Herrschenden, eine Minderheit zum Sündenbock für Probleme zu machen und so von der eigenen Verantwortung abzulenken. Selbst das bliebe relativ erfolglos, wenn SPD und Gewerkschaften ihre Verantwortung als Interessenvertretung der Lohnabhängigen wahrnehmen und Regierung und Unternehmern Kontra bieten würden.

Die CDU-Hetzkampagne 1991

Die Bundesregierung geriet im Sommer 1991 in immer größere Schwierigkeiten wegen der Folgen der Angliederung der ehemaligen DDR. Massenarbeitslosigkeit und die Mieterhöhungen im Osten sowie die Steuererhöhungen führten zu Unzufriedenheit. Dazu kam, daß die Vorhersagen der Wirtschaftsinstitute den

„Aufschwung Ost“ inzwischen auf das Jahr 1993 verschoben und sich die Konjunktur im Westen abschwächt.

In dieser Situation organisierte die CDU generalstäbsmäßig eine Kampagne zum „Asylproblem“. CDU-Generalsekretär Rühle forderte seine Parteifreunde in den Kommunen in einem Rundschreiben vom 12. September 1991 dazu auf, „die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern“ (taz, 8.10.91).

Das CSU-regierte Bayern ist diesbezüglich Vorreiter. Dort werden insbesondere Asylbewerber schon lange öffentlich diskriminiert (z.B. zwangsweise Durchführung von Aids-Tests bei Asylbewerbern). Die „BILD-Zeitung“ nahm sich dieses Themas natürlich gerne in Millionenaufgabe an (z.B. im Ruhrgebiet: „Der große Bild-Report: Asylanten im Revier – Wer soll das bezahlen?“). Aber die gesamte bürgerliche Presse blies ins gleiche

Horn, wenn auch nicht auf so primitive Art und Weise wie BILD. Selbst z.B. der „Spiegel“ spricht davon, „daß es mittlerweile doch wohl zu viele sind, die hierherkommen“.

Diese Kampagne war ein direkter Angriff auf die SPD und auf alle Lohnabhängigen. Rüge konnte sich jedoch leider ziemlich sicher sein, daß die SPD-Führung seinen Angriff nicht zurückschlagen, sondern durch eine „Flucht nach vorn“ beantworten würde.

SPD-Führung macht mit

So tat es auch Bremens Bürgermeister Klaus Wedemeier. Mitten im Wahlkampf im Sommer 1991 entschied er, daß Bremen illegalerweise nur noch 300 Asylbewerber pro Monat aufnehmen würde und stellte so das „Asylproblem“ in den Mittelpunkt. Der Erfolg: Vor dem Wahlkampfbeginn im Sommer hielten 11% der Bremer Bevölkerung die Asylfrage für das wichtigste Problem, nach dem Sommer 35% (laut Forsa-Umfrage). Die Anpassung an die Rechten hat der SPD nur geschadet, dafür gab es ein Rekordergebnis für die faschistische „Deutsche Volksunion“.

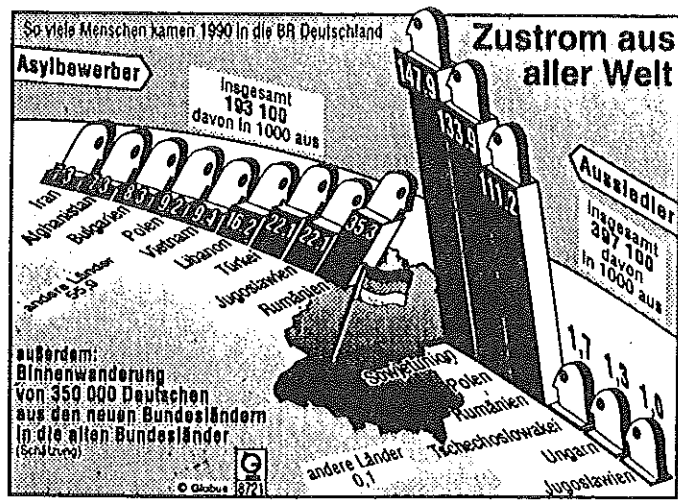
Unter Ministerpräsident Lafontaine wurde im Dorf Lebach im Saarland schon 1990 der Anfang gemacht. Die Sozialhilfezahlungen an die damaligen Bewohner des dortigen Sammellagers wurden neben einem Taschengeld nur noch in Naturalien ausgezahlt. Heute beteiligen sich viele SPD-regierte Kommunen an der diskriminierenden Kürzung von Leistungen für Asylbewerber. Ein Beispiel: Nach einem Erlaß vom Juli 1991 erstattet die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den Kommunen nur dann den vollen Sozialhilfesatz für Asylbewerber, wenn diese Sozialhilfe in Sachleistungen (Naturalien) gegeben wird. Bei Barauszahlungen oder Ausgabe in Form von Warengutscheinen erstattet das Land nur noch 85%.

Die SPD-Führung bekennt sich zwar noch zur Verteidigung des Asylrechts, stimmt aber der massiven Aushöhlung dieses Rechts zu: Verkürzung des Rechtsweges, Einrichtung von Sammellagern, Abschreckung von Flüchtlingen durch diskriminierende Behandlung (Naturalien statt Bargeld).

Die Doppelzüngigkeit Kohls...

Die Kohl-Regierung sieht nur die „Asylantenflut“ als Problem. Dabei stellen die deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa und der Sowjetunion den größten Anteil der Zuwanderung:

	1989	1990	1991 (erwartet)
Aussiedler	377.000	397.000	230.000
Asylbewerber	121.000	193.000	220.000



„Wir haben ja nichts gegen Ausländer, aber...“

„Vergleiche mit einem Heuschreckenschwarm, der ... eine Wüste hinterläßt, sind keinesfalls übertrieben.“

Manfred Ritter, CSU, Landesanwalt

„Im Asylbereich muß unser Ziel sein, zu einem politischen Konsens, vergleichbar mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, zu kommen.“

Dietmar Schlee, CDU-Innenminister von Baden-Württemberg

„Das Thema Asyl hat uns gutgetan.“

Josef Stock, CDU-Vorsitzender von Niedersachsen, nach den Wahlen von Bremen und Niedersachsen 1991

„Viele Asylanten kommen aus Kultur- und Zivilisationskreisen, die uns völlig fremd sind. Die haben auch ein anderes Verhältnis zum Eigentum, als es die meisten der deutschen Eltern ihren Kindern beibringen.“

Horst Niggemeyer, SPD-Bundestagsabgeordneter und Pressesprecher der IG Bergbau

„Große Flüchtlingsströme aus dem Osten können der deutschen Kultur ein Ende setzen.“

Steffen Reiche, Vorsitzender der SPD in Brandenburg

Das „Boot“ ist also nur für Nicht-„Volksdeutsche“ voll. Hier zeigt sich sehr deutlich die Heuchelei und der Rassismus der Propaganda der Kohl-Regierung. Bei anderen Gelegenheiten hat sich Kohl bereits über die niedrige Geburtenrate der Deutschen beklagt und sich darüber gefreut, daß die Aussiedler die Lücken auffüllen würden. Das erscheint doch verwunderlich angesichts des angeblichen „Platzmangels“.

In der guten Konjunktur der letzten beiden Jahre haben übrigens rund 1,3 Millionen Übersiedler, Aussiedler und Ausländer Arbeitsplätze gefunden, ohne daß die Chancen deutscher Arbeitsloser verschlechtert worden wären (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft). Das wird bei der „Das-Boot-ist-voll“-Kampagne verschwiegen.

... und die falsche Antwort der SPD

Oskar Lafontaine ist schon seit Jahren ein Kritiker von Bundeskanzler Kohls „Heim ins Reich“-Politik gegenüber deutschstämmigen Aussiedlern. Die SPD-Führung fordert die Abschaffung des 116 GG, der die sofortige Einbürgerung der Deutschstämmigen vorsieht. Natürlich ist es richtig, die Heuchelei und die rassistische Ideologie Kohls anzugreifen, wenn er Flüchtlinge in gute (= deutsche) und schlechte (= nichtdeutsche) einteilt. Aber indem die SPD das Bleiberecht von deutschstämmigen Zuwanderern abschaffen will, beugt sie sich der Logik der rechten Propaganda, die die Zuwanderer zum Problem macht. Solange nicht das Bleiberecht für alle Zuwanderer durchgesetzt ist, bedeutet die Abschaffung des 116 eine Verschlechterung der Situation für einen Teil der Zuwanderer – die Aussiedler – und wird deshalb von uns abgelehnt.

Den Vogel abgeschossen hat die SPD in Baden-Württemberg, die in einem Flugblatt vom November 1991 klarstellte, daß die SPD-Vorschläge die Zuwanderung um mehr als die Hälfte senken würden, die CDU-Vorschläge erreichten dagegen „nur eine Verringerung des Zuwanderungsproblems um 3%“. Kernsatz des Flugblatts: „Die SPD Baden-Württemberg will die Zuwanderung insgesamt drastisch einschränken, weil wir sonst mit der katastrophalen Wohnungsnot nicht fertig werden. Deshalb wollen wir den unkontrollierten Aussiedlerzuzug stoppen und den Mißbrauch des Asylverfahrens beenden.“

Damit werden die Vorurteile bestätigt, daß „die Ausländer schuld an unseren Schwierigkeiten seien“. In den Köpfen der

Menschen erzeugt die Politik von Regierung und SPD-„Opposition“ zusammenwirkend eine feinabgestufte Hackordnung, in der jeder nach unten tritt und sich gegeneinander ausspielen läßt: eine Einteilung in Westdeutsche (Menschen 1. Klasse), Ostdeutsche (Menschen 2. Klasse), Aussiedler (Menschen 3. Klasse), EG-Ausländer (Menschen 4. Klasse), andere Ausländer (Menschen 5. Klasse), „politische“ Asylbewerber (Menschen 6. Klasse) und „Wirtschaftsasyllanten“ (Menschen 7. Klasse).

Das ganze nützt nur den Unternehmern und den Rechten. Die Faschisten fühlen sich bestätigt – was sie schon vor Jahren gefordert haben, wird jetzt von „allen demokratischen Parteien“ mitgetragen!

Warum macht die SPD-Führung diese Politik?

Es ist gerade auch für viele Parteimitglieder empörend zu beobachten, wie SPD-Politiker einen Wettbewerb mit den Rechten um die bessere Anti-Zuwanderer-Politik betreiben. Aber diese Anpassung steht im Zusammenhang mit der grundsätzlich falschen Politik der SPD. Die SPD-Führung geht davon aus, daß es keine Alternative zur Marktwirtschaft gäbe und sieht es deshalb als unausweichlich an, zum Wohle der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmer (der sogenannten „deutschen Wirt-

schaft“) auch Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer hinzunehmen. Die Wiedervereinigung Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage hat sie bei maßvoller Kritik an Kohls Regierungskurs mitgetragen. SPD- und Gewerkschaftsführung hatten versäumt, die im Frühjahr 1991 aufflammenden Proteste (Montagsdemos in Leipzig) offensiv aufzugreifen, da sie keine grundlegende Alternative zur Kohl-Politik anzubieten haben. Sie akzeptieren die von den Unternehmern und der Regierung geschaffenen „Sachzwänge“ und sehen sich deshalb gezwungen, „konstruktiv“ an der Asyldiskussion mitzuwirken und in SPD-regierten Bundesländern selbst diskriminierende Maßnahmen durchzuführen.

Auch die Grünen haben sich mit ihrer Forderung nach Einwanderungsquoten in die Asyldiskussion eingeschaltet und sich der „Das-Boot-ist-voll“-Kampagne gebeugt. Einwanderungsquoten sind nur eine Variante der Politik gegen Zuwanderer und lenken den Blick genauso in die falsche Richtung wie die Asyldiskussion selbst.

Trotz der katastrophalen Politik der Führung bleiben SPD und Gewerkschaften von Tradition, Mitglied- und Anhängerschaft her die Organisationen der Arbeitnehmer in Deutschland. Deshalb kämpfen wir in SPD und DGB für ein Programm, daß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung konsequent vertritt.

3. Hintergründe des Rassismus

Rassismus ist die gezielte Diskriminierung einer Menschengruppe auf Grund von unveränderlichen Merkmalen – z.B. der Hautfarbe. Ursprünglich entstand diese Ideologie zur Rechtfertigung der Verschleppung afrikanischer Sklaven auf die britischen Baumwollplantagen der US-amerikanischen Südstaaten. Bis dahin war das Christentum der Vorwand für den Raub bei fremden, „heidnischen“ Völkern gewesen. Eine dauerhafte Entrechtung wie bei der Sklavenhaltung war jedoch damit nicht begründbar, weil sie leicht zu unterlaufen war, indem die Sklaven einfach zum christlichen Glauben übertraten. Die Hautfarbe konnten sie jedoch nicht ändern.

In vielen Ländern versuchen die Herrschenden seitdem von den Problemen abzulenken, die sie der Mehrheit aufbürden, indem sie eine Minderheit dafür verantwortlich machen.

Der Rassismus ist nicht allein ein deutsches Problem. In Frankreich macht seit Jahren die Nationale Front Stimmung gegen Araber und Afrikaner – die „Sozialistische“ Partei hilft nach, indem sie ein härteres Vorgehen gegen Einwanderer durchsetzt. Die rassistische Ideologie erklärt Ausländerfeindlichkeit zu einer „natürlichen Abwehrreaktion eines Volkes“. So werden die Opfer zu Tätern gemacht, nach dem Motto: „Ohne Asylantenflut gäbe es auch keine Ausländerfeindlichkeit“. Damit lenken die Herren Brandstifter von ihrer eigenen Verantwortung ab, wenn die Flüchtlingsheime brennen.

Mit der rassistischen Erklärung für Rassismus ist auch nicht erklärbar, warum Ausländerfeindlichkeit in Deutschland von 1955 bis 1973 ein gesellschaftliches Randphänomen blieb – als die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer von einigen Hunderttausend auf vier Millionen anstieg.

Bis 1973 waren die Ausländer willkommen und erst ab 1973 kam es zum Rassismus „von oben“. Mit Hilfe von Propaganda wie „Türken-Terror bei Ford“ wurde 1973 eine Welle von Streikbewegungen, an denen viele ausländische Arbeiter teilnahmen, gebrochen. Deutsche und Türken wurden gegeneinander ausgespielt. Die SPD/FDP-Regierung verhängte 1973 einen allgemeinen Anwerbestopp für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten. Unter Helmut Schmidt, SPD-Bundeskanzler, wurde 1974 ein „Programm zur Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung“ vorgelegt. Dazu gehörte die Kürzung des Kindergeldes für Ausländerkinder und die Errichtung von Sperrzonen für den Zuzug von Ausländern aus Nicht-EG-Staaten (Städte mit einem Ausländeranteil von

über 12% wurden zu „überlasteten Siedlungsgebieten“ erklärt). Egon Bahr (SPD) verkündete, daß etwa 500.000 der von „Gastarbeitern“ besetzten Arbeitsplätze von deutschen Arbeitern übernommen werden könnten.

Nachdem die SPD in den 70ern mit ihrer Politik den Boden bereitet hatte, konnte die Kohl-Regierung in den 80ern das Thema immer wieder erfolgreich einsetzen. 1984 presste die CDU mit sogenannten „Abfindungsverträgen“ 300.000 türkische Arbeitnehmer zur Rückkehr in die Heimat. Im Sommer 1986 kam die Wirtschaftsentwicklung ins Stocken, es wurde offen über Kohls Rücktritt spekuliert. Damals wurde die „Asylantenflut“-Kampagne das erste mal erfolgreich eingesetzt, um von den Schwierigkeiten abzulenken. Mit Erfolg, Kohl gewann im Januar 1987 die Wahl. Die SPD hatte sich damals damit gebrüstet, den Zustrom von Asylbewerbern über Ostberlin durch Verhandlungen mit Honnecker beendet zu haben. Es hat sich schon damals gezeigt, daß solche opportunistischen Manöver nur den Rechten nützen. Heute wiederholt sich das Ganze in verschärfter Form.

Rassismus des SED-Regimes in der DDR

Das stalinistische Regime in der DDR hatte nicht nur den Sozialismus diskreditiert, sondern auch die internationalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Rassismus war dort genau wie im Westen ein Mittel, um die eigene Herrschaft zu sichern.

Anfang der 80er Jahre gab es eine Kampagne gegen die „arbeits-scheuen Polen“, um zu verhindern, daß die Bewegung der Gewerkschaft Solidarnosc auf die DDR übergriff. Ende der 80er Jahre wurden die Polen als Sündenböcke für Versorgungsmängel hingestellt und die Grenzen zwischen Polen und der DDR dichtgemacht.

Die ausländischen Arbeitskräfte, die seit den 70er Jahren aus Angola, Mozambique und Vietnam ins Land geholt wurden, waren völlig rechtlos. Sie mußten ihren Paß abgeben, wurden in Ghettos von der Bevölkerung isoliert und wurden zumeist nach fünf Jahren wieder in ihre Heimatländer abgeschoben. Den „Arbeitsklaven“ war es sogar verboten, DDR-Bürger zu heiraten.

Auch Neo-Nazi-Aktivitäten gibt es nicht erst seit der Grenzöffnung. Sie wurden nur totgeschwiegen bzw. geduldet, da sie sich gegen oppositionelle Gruppen richteten.

4. Keinen Fußbreit den neuen Nazis!

Die Neo-Nazis und faschistischen Parteien wie „Deutsche Volksunion“ (DVU) und Republikaner sind „Hilfstruppen“ für die Herrschenden. Sie werden vom kapitalistischen Staat bewußt am Leben erhalten und von einzelnen Unternehmern auch finanziell unterstützt. Eine vom Character her mit den Nazis der 30er Jahre vergleichbare Bewegung können sie nicht werden, da ihre klassische Massenbasis – das verarmte Kleinbürgertum – nicht mehr vorhanden ist. Sie stützen sich heute vor allem auf demoralisierte, zum Teil arbeitslose Jugendliche. Die Wahlerfolge von Deutscher Volksunion (DVU) und Republikanern gründen sich im Gegensatz zu den der Nazis in den 30ern zu einem großen Teil auf Proteststimmen ehemaliger SPD-Wähler aus Arbeitervierteln. Dies ist keine sehr stabile Basis.

Die Machtergreifung einer faschistischen Bewegung würde nicht nur eine Massenbasis, sondern auch wie 1933 die Unterstützung entscheidender Teile der Herrschenden voraussetzen – was für diese ein großes Risiko darstellt und z.B. 1945 mit der deutschen Niederlage im Zweiten Weltkrieg endete.

Aber auch wenn keine unmittelbare Gefahr der Machtübernahme einer faschistischen Partei besteht, stellen die Faschisten eine große Bedrohung für die Arbeiterbewegung dar. Größere Kämpfe, in denen klar wird, daß die Grenze in der Gesellschaft nicht zwischen Ausländern und Deutschen, sondern zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen verläuft, können die Nazis und den Rassismus zurückdrängen. Aber wenn die Führungen von SPD und Gewerkschaften ihren Kurs nicht wechseln und die kommenden Kämpfe nicht entschlossen aufgreifen, drohen Niederlagen und Demoralisierung. Auf dieser Grundlage können faschistische Parteien noch viel größere Wahlerfolge erzielen und DVU, Republikaner und militante Neo-Nazis noch mehr Zulauf bekommen. Der offene Terror gegen Ausländer, Linke und alle,

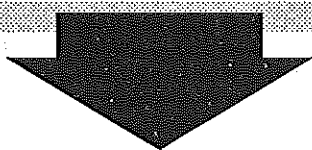
die in das Feindbild der Nazi-Banden passen, hat schon heute eine neue Stufe erreicht.

Der Terror und die Aufmärsche und Versammlungen der Nazis dürfen deshalb nicht widerstandslos hingenommen werden. Für Faschisten darf es keine „Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung“ geben. Breite Bündnisse, die sogar CDU und FDP einschließen, sind unbrauchbar und sogar schädlich im Kampf gegen Faschismus und Rassismus, denn politische Antworten auf soziale Probleme sind mit den Parteien der Unternehmer nicht möglich. Sie organisieren selbst die Angriffe auf Arbeitnehmer und nutzen die Ausländerhetze für ihre Interessen. Wir können uns auch nicht auf die Polizei verlassen – sie schützt meistens eher die Nazis als die Antifaschisten. Auch ein Verbot der Nazi-Parteien wird das Problem nicht lösen, da so die Bekämpfung der Nazis in die Hände von Justiz und Polizei gelegt wird.

Es ist Aufgabe von SPD und Gewerkschaften, unabhängig gegen die Nazis zu mobilisieren und selbst die Verhinderung von Nazi-Aktivitäten zu organisieren. Dies muß mit einem politischen Programm gegen Faschismus und Rassismus verbunden sein, das das Übel an der Wurzel packt – ein sozialistisches Programm, wie es von VORAN vertreten wird.

Natürlich sollten alle, die heute in der Bewegung gegen Rassismus aktiv werden, nicht darauf warten, daß die Führungen von SPD und DGB endlich in die Offensive gehen. Aber alle Aktivitäten sollten die Mobilisierung der Basis von SPD und Gewerkschaften sowie unorganisierter Arbeitnehmer und Jugendlicher zum Ziel haben. Dies muß verbunden werden mit dem Eintreten für eine Umwandlung dieser Organisationen in wirkliche Kampfinstrumente der Lohnabhängigen.

Köln, November 1991



Es ist also höchste Zeit, etwas zu tun!

- Kämpft mit VORAN gegen die Neonazis, gegen Kohl und die Kapitalisten und für internationalen Sozialismus.
- Organisiert Euch in der SPD und in den Gewerkschaften und macht mit bei den JungsozialistInnen in der SPD.
- Tretet mit uns zusammen für die sozialistische Erneuerung dieser Organisationen ein.

Was ist VORAN?

VORAN ist eine Zeitung, die von Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften herausgegeben wird. Wir verstehen den Marxismus nicht als graue Theorie, sondern als lebendige Anleitung zum Handeln. Für uns scheiterte in Osteuropa nicht der Sozialismus, sondern seine übelste Karrikatur, der Stalinismus. Wir kämpfen für die sozialistische Erneuerung von SPD und Gewerkschaften und für die Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems, das die Mehrheit der Menschheit in Unterdrückung, Ausbeutung und Armut hält.

Kontakt über:

Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Telefon 02 21 / 13 45 04, Telefax 02 21 / 13 72 80

Ich möchte

- VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen
- VORAN kennenlernen und deshalb ein „Schnupperabo“ bestellen (3 Ausgaben zu 5,- DM – Betrag bitte in Briefmarken oder Geldschein beilegen)
- eine VORAN-Materialliste zugeschickt bekommen (VORAN-Broschüren, Buttons, T-Shirts u.a.)

Name, Anschrift, Telefon